

# Antrag Nr. 10-F-01-0107

## SPD-Fraktion

---

### Betreff:

Soziale Stadt erhalten - Wiesbaden stärken  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 08.12.2010 -

### Antragstext:

Die Bundesmittel für das Programm „Soziale Stadt“ sind von der schwarz-gelben Mehrheit im Bundestag um 70%, von 95 Mio. € auf 28,5 Mio. € gekürzt worden. Von der Kürzung sind die sozialen Maßnahmenpakete betroffen, die Förderung soll nur noch für Baumaßnahmen genutzt werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass das Bundesprogramm „Soziale Stadt“ sich für Wiesbaden bewährt hat. Das Programm trägt der Erfahrung Rechnung, dass Investitionen in Straßen und Gebäude allein kein anderes soziales Klima schaffen, sondern vielmehr Investitionen in Menschen. Gerade das Zusammenwirken von baulich-investiven Maßnahmen (in Wohnungen, Wohnumfeld und Infrastruktur) *und* sozialintegrativen Maßnahmen (wie Nachbarschaftstreffs, Hausaufgabenhilfe und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche) machen das Bundesprogramm so wirkungsvoll.
2. Sie fordert den Magistrat auf, sich auf Landes- und Bundesebene, in den Gremien des Städte- und Landkreistages und über die Wiesbadener Landtags- und Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass die Förderung der Projekte „Soziale Stadt“ in der bisherigen Form und dem bisherigen Umfang fortgesetzt wird.
3. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, das Projekt im Stadtgebiet „Schelmengraben“, mit den dafür eingestellten Mitteln in der geplanten Weise umzusetzen.

Wiesbaden, 08.12.2010

gez.

f. d. R.

**Axel Imholz**  
Fraktionsvorsitzender

**Marc Paffenholz**  
Geschäftsführer